13.10.2026

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Senator Dr. Dressel trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2026/2322, betreffend

Stabilitätsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg und
Überwachung der Schuldenbremse 2026,

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der als Anlage zur Mitteilung an die Bürgerschaft vorgelegte Stabilitätsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg 2026 inklusive der Ergebnisse zur Überwachung der Einhaltung der grundgesetzlichen Verschuldungsregel 2026 wird beschlossen.
2. Die Behörde für Finanzen und Bezirke wird ermächtigt, den Stabilitätsbericht und die befüllte Excel-Datenerfassungsdatei des harmonisierten Analysesystems 2026 beim Stabilitätsrat einzureichen.
3. Die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird beschlossen.

Gr. Verteiler



TOP I. 1
B

Referat für Senatsangelegenheiten
Eing.: 02. OKT. 2026

Berichterstattung:
Senator Dr. Dressel
Staatsrätin Lentz

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2026/02322
vom: 29.09.2026

Stabilitätsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg und Überwachung der Schuldenbremse 2026

A. Zielsetzung

Mit dieser Drucksache soll die Berichtspflicht der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) an den Stabilitätsrat im Rahmen der Haushaltsüberwachung nach Artikel 109a Absatz 1 Grundgesetz (GG) i. V. m. § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (Stabilitätsratsgesetz – StabiRatG) erfüllt und die Bürgerschaft über den Stabilitätsbericht 2026 unterrichtet werden.

Darüber hinaus soll die Berichtspflicht der FHH an den Stabilitätsrat im Rahmen der Überwachung der Schuldenbremse nach Artikel 109 a Absatz 2 GG i. V. m. § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 6 StabiRatG erfüllt und die Bürgerschaft über die Ergebnisse des Überwachungsverfahrens im Berichtsjahr 2026 unterrichtet werden.

B. Lösung

Beschluss der Drucksache mit dem Stabilitätsbericht der FHH 2026 und den Ergebnissen des Überwachungsverfahrens im Berichtsjahr 2026, bestehend aus den Ergebnissen der Hamburger Schuldenbremse (Komponente 1) und des harmonisierten Analysesystems (Komponente 2) durch den Senat.

Ermächtigung der Behörde für Finanzen und Bezirke, den Stabilitätsbericht und die Ergebnisse des harmonisierten Analysesystems in Form der befüllten Excel-Datenerfassungsdatei 2026 beim Stabilitätsrat einzureichen.

Beschluss der anliegenden Mitteilung an die Bürgerschaft zur Unterrichtung über den Stabilitätsbericht und die Ergebnisse des Überwachungsverfahrens.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Entfällt.

G. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz/Klimaanpassung
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung
- ☐ Wohnungsbauziele

H. Notifizierung nach EU-Recht

Entfällt.

I. Vorwegüberweisung

Entfällt.

J. Alternativen

Keine

K. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zum Stabilitätsbericht der FHH und zur Überwachung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat im Jahr 2026 mit Anlage.